



Stellungnahme

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes

Vorbemerkung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert die kurze Fristsetzung im Rahmen der Verbändeanhörung. Derart kurze Fristen entziehen der Funktion einer Verbändeanhörung im demokratischen Gesetzgebungsprozess die Grundlage.

21. April 2026

Zum Stromübertragungsnetz

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich zum Stromübertragungsnetz wiederholt geäußert. Insbesondere verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026¹, auf unsere Stellungnahme zum Diskussionspapier Rahmenfestlegung der Allgemeinen Netzentgeltssystematik Strom² sowie auf unsere Stellungnahme zum Eckpunktepapier zur Festlegung eines Regulierungsrahmens für Übertragungsnetzbetreiber³.

Leistungsfähige Energienetze sind ein Grundpfeiler für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie sind eine entscheidende Voraussetzung für die Modernisierung, Dekarbonisierung und Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher, dass die deutschen Stromnetze weiter entschlossen und ambitioniert ausgebaut und modernisiert werden.

Insbesondere ist ein leistungsfähiges Stromübertragungsnetz erforderlich, um das zunehmende regionale Ungleichgewicht von Stromerzeugung und -verbrauch auszugleichen, beispielsweise um die Offshore-Erzeugung mit den

Kontaktperson:

Felix Fleckenstein
Referent Energiepolitik
felix.fleckenstein@dgb.de

Deutscher Gewerkschaftsbund
Abteilung Struktur-, Industrie-
und Dienstleistungspolitik

Keithstraße 1
D-10787 Berlin

www.dgb.de

¹ DGB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026, https://www.bundestag.de/resource/blob/1118330/Stellungnahme_Deutscher_Gewerkschaftsbund.pdf.

² DGB-Stellungnahme zum Diskussionspapier Rahmenfestlegung der Allgemeinen Netzentgeltssystematik Strom (AgNeS) der Bundesnetzagentur, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2025-06-26_DGB_Stellungnahme_BNetzA_AgNes.pdf;

³ DGB-Stellungnahme zum Eckpunktepapier zur Festlegung eines Regulierungsrahmens für Übertragungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2025-04-16_DGB-Stellungnahme_%C3%9CNB.pdf;

deutschen Stromverbrauchszentren zu verbinden. Für den nachhaltigen Erfolg von Energiewende und Netzausbau sind Finanzierungsfragen entscheidend. Hierzu verweisen wir auf die o.g. Stellungnahmen.

Zum Gesetzentwurf

Mit dem Gesetzentwurf wird der Bundesbedarfsplan fortgeschrieben und aktualisiert. Die Vorhaben folgen dem Netzentwicklungsplan. Wir haben sie nicht im Einzelnen bewertet, in der Gesamtschau scheint die Fortschreibung aber sachgerecht.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass neu zu planende Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen wo möglich als Freileitungen errichtet werden sollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund befürwortet diese Neuregelung. Wir haben wiederholt gefordert, das Übertragungsnetz insbesondere in Form von Freileitungen anstatt Erdkabeln auszubauen.⁴ Dies kann Milliarden einsparen und den Ausbau beschleunigen. Es hat sich zudem gezeigt, dass durch die Errichtung von Erdkabeln die einstmals erhoffte Akzeptanzsteigerung des Netzausbaus nicht eintritt.

⁴ Vgl. Handelsblatt: Breites Bündnis fordert Stopp von teuren Erdkabel-Projekten, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/stromnetze-breites-buendnis-fordert-stopp-von-teuren-erdkabel-projekten/100035882.html>.